

# Etat des lieux - Enseignement des langues nationales dans les cantons Stand der Dinge - Unterricht der Landessprachen in den Kantonen

24.03.2021

	HarmoS	HarmoS rejeté / abgelehnt
AG	<p><b>Bildungsmobilität</b></p> <p>Eine <a href="#">Interpellation</a> (November 2020) wollte vom Regierungsrat wissen, ob er sich beim Bund für eine Vollasoziation der Schweiz beim Erasmus+ Programm von 2021-2027 einsetzen wird. Die Interpellation wurde in den Kantonen AG, BS, BL und SO eingereicht. Der Regierungsrat <a href="#">vertritt die Haltung</a> (Jan. 2021), dass die Schweiz sowohl bei der europäischen Bildungsmobilität (Erasmus+) als auch bei der europäischen Forschungs Kooperation (Horizon Europe) 2021–2027 als vollasoziiertes Programmland teilnehmen sollte, sofern dieselben regulatorischen und finanziellen Voraussetzungen wie beim laufenden Programm gelten. Der Kanton AG hatte zusammen mit den Mitgliedkantonen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (BL, BS, JU, SO) sowie den beiden assoziierten Mitgliedern ZH und BE, eine <a href="#">gemeinsame Stellungnahme zu Horizon Europe und Erasmus+</a> beim Bundesrat eingereicht (Sept. 2020). Der Bundesrat betonte in <a href="#">seiner Antwort</a> (Nov. 2020), dass er bald über ein Verhandlungsmandat für eine Assoziation an Erasmus entscheiden werde.</p> <hr/> <p><b>Frühe Sprachförderung</b></p> <p>Im Kanton AG starten im 2021 <a href="#">Pilotprojekte zur "Deutschförderung vor dem Kindergarten"</a>. Mit dem Pilotvorhaben in den ausgewählten Gemeinden sollen ab 2021 bis 2024 Erkenntnisse gesammelt werden, die eine Entscheidungsgrundlage zur Einführung einer kantonalen Gesetzesgrundlage bilden. Hintergrund zu diesem Vorhaben sind parlamentarische Vorstösse, welche die Einführung von gesetzlichen Grundlagen verlangen, um Vorschulkinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen zum Besuch von Sprachfördermassnahmen verpflichten zu können (vgl. <a href="#">Aargauer Zeitung</a>, Jan. 2021).</p>	
BL	<p><b>Lehrplan</b></p> <p>Am 7. März wurde im Kanton BL erneut über eine <a href="#">Gesetzesinitiative zum kantonalen Lehrplan</a> abgestimmt, welche vom Komitee «Starke Bildung beider Basel» lanciert wurde. Sie forderte, dass die Anzahl der Kompetenzen, die im Lehrplan definiert sind, von heute 3500 auf maximal 1000 beschränkt werden. Der Landrat <a href="#">empfahl</a> die Ablehnung der Initiative (Nov. 2020). Er folgte damit der <a href="#">Argumentation des Regierungsrats</a> (Juni 2020), welcher die Kernanliegen der Gesetzesinitiative bereits als erfüllt erachtete. Die Initiative wurde mit <a href="#">65,57% abgelehnt</a> (vgl. <a href="#">Basler Zeitung</a>).</p> <hr/> <p><b>Lehrmittel</b></p> <p>Am 24. November 2019 hat sich die Bevölkerung mit <a href="#">84,82%</a> für die freie Wahl bei Lehrmitteln (im Rahmen einer vordefinierten Auswahl) ausgesprochen. Der Bildungsrat hat <a href="#">beschlossen</a> (Feb. 2021), ab Schuljahr 2021/2022 neu das Lehrmittel «ça roule» vom Klett und Balmer Verlag zur Auswahl zur Verfügung zu stellen. Neben dem bisherigen Lehrmittel «Mille feuilles» bestehe nun eine gute Alternative für den Französischunterricht von der 3. bis 6. Klasse der Primarschule (vgl. <a href="#">Basler Zeitung</a>, Feb. 2021). Die <a href="#">Antwort</a> (März 2021) des Regierungsrates auf einer <a href="#">Interpellation</a> vom Sept. 2020 zeigt, dass die Passepartout Lehrmittel in der Primarschule weiterhin überwiegen,</p>	

	<p>während im Unterricht in der Sekundarschule vor allem alternative Lehrmittel angewendet werden.</p>
BE	<p><b>Lehrmittel</b></p> <p>Mit Blick auf die umstrittenen Französischlehrmittel und um den Schulen mehr Spielraum bei der Auswahl von Lehrmitteln zu geben, hat der <a href="#">Grosse Rat</a> (Nov. 2020) bei der Beratung des revidierten Volksschulgesetzes eine Lockerung des Lehrmittelobligatoriums beschlossen. Die Bildungsdirektion soll noch eine Auflistung mit möglichen Lehrmitteln herausgeben (vgl. <a href="#">Berner Zeitung</a>, Dez. 2020). Eine <a href="#">Interpellation</a> (März 2021) stellt die erst im Schuljahr 2022/23 vorgesehene Umsetzung der begrenzten Lehrmittelfreiheit in Frage.</p> <p>Eine <a href="#">Motion</a> (Dez. 2020) fordert zudem, eine Überprüfung der Sprachkompetenz nach dem 6. Schuljahr nach vierjährigem Unterricht mit verschiedenen Französischsprachmitteln und den Vergleich der Sprachkompetenz der Frühbeginner mit den Spätbeginnern.</p> <hr/> <p><b>Bildungsmobilität</b></p> <p>Im Kanton Bern haben SchülerInnen die Möglichkeit <a href="#">eine zweisprachige Maturität mit Partnersprache Italienisch</a> zu erwerben. Sie besuchen dazu im dritten Jahr des gymnasialen Bildungsgangs den Unterricht an einem Tessiner Gymnasium und wohnen bei Gastfamilien. Der nächste Sprachaustausch findet vom Sept. 2021 bis Juni 2022 statt (vgl. La <a href="#">Regione</a>, Jan. 2021).</p> <hr/> <p><b>Immersionsunterricht</b></p> <p>Eine <a href="#">Motion</a> (Sept. 2020) fordert die Änderung des Volksschulgesetzes, damit der Immersionsunterricht nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sei. Der Regierungsrat ist offen für eine <a href="#">Annahme als Postulat</a> (Feb. 2021).</p>
FR	<p><b>Enseignement bilingue</b></p> <p>Deux nouvelles classes bilingues verront le jour à l'école primaire francophone et germanophone de la Vignettaz pour la rentrée 2021/2022 (voir <a href="#">communiqué</a>, mars 2021).</p>
GE	<p><b>Langues nationales</b></p> <p>En oct. 2020, le Grand Conseil a soulevé via <a href="#">question écrite urgente</a> le fait que certaines instances de l'université ou des HES délibèrent en anglais au lieu du français. Dans sa <a href="#">réponse</a> (nov. 2020), le Conseil d'Etat souligne qu'il veille à ce que toutes les communications et séances officielles soient tenues en langue française. Il note toutefois que pour certaines activités ou dans certains domaines spécifiques, il est parfois indispensable de recourir à d'autres langues.</p>
GR	<p><b>Immersionsunterricht</b></p> <p>In einem <a href="#">Bericht</a> (Oktober 2020) zuhanden des Gemeinderats sieht der Churer Stadtrat zwar Verbesserungsmöglichkeiten beim Immersivunterricht Deutsch-Romanisch, allerdings sind die Sicherung und Verbesserung der Qualität eine Daueraufgabe, der die Stadtschule gerade auch im Bereich der zweisprachigen Klassen grosse Priorität einräumt. Sollten sich die Schüler/-innenzahlen weiter stabilisieren oder gar erhöhen, ist die heute gewählte Klassenbildung erneut zu überprüfen. Wie von dem Stadtrat <a href="#">beantragt</a> wurde der Auftrag <a href="#">überwiesen und abgeschrieben</a> (Nov. 2020)</p> <hr/> <p><b>Sprachenvielfalt</b></p> <p>Bereits in ihrer <a href="#">Stellungnahme</a> (Apr. 2020) zur <a href="#">Petition "Bildungswahl für alle statt für wenige"</a> hielt die Regierung fest, dass diese Schlüsselwerte der Volksschule sowie der Bündner Kultur in Frage stellt. Bei einer freien Schulwahl könnten Kinder in einem anderen Sprachgebiet die Schule besuchen als ihre Erziehungsberechtigten wohnen. Dies hätte eine Gefährdung der Idiome und eine Schwächung der Mehrsprachigkeit zur Folge. Der Grosse Rat hat die Petition einstimmig abgelehnt (vgl. Südschweiz, Bündner Zeitung: "[In Kürze] Schulpetition abgelehnt", 19.2.2021).</p>

	<p><b>Lehrermangel</b> Im Herbst haben an der Pädagogischen Hochschule Graubünden (PHGR) acht italienischsprachige Studierende ihr Studium zur Primarlehrperson begonnen, wobei keiner dieser Studierenden aus dem Graubünden stammt. Die Regierung wurde <a href="#">angefragt</a> (Dez. 2020), ob alle Stellen der Volksschulen in Italienischbünden besetzt werden konnten und ob in Zukunft genügend qualifizierte Lehrpersonen zur Verfügung stehen. Die Regierung <a href="#">hält fest</a> (März 2021), dass alle Stellen auf der Kindergarten- und auf der Primarstufe adäquat besetzt werden konnten. Gegenwärtig besuchen 46 Studierende aus dem Tessin sowie 6 Studierende aus dem italienischsprachigen Graubünden einen Bachelorstudiengang an der PHGR. Das Amt für Höhere Bildung und die PHGR engagieren sich intensiv hinsichtlich der Gewinnung von Studierenden, auch im Zuge im der Umsetzung der «<a href="#">Massnahmenvorschläge zur Sprachförderung im Kanton Graubünden</a>».</p> <hr/> <p><b>Sprachenvielfalt</b> «Stärke in der Vielfalt» ist das Motto im <a href="#">Regierungsprogramm 2021–24</a> in den Bereichen Sprache und Kultur (vgl. <a href="#">Mitteilung</a>, Feb. 2021). In diesem Zusammenhang wird eine neue Koordinationsstelle «Mehrsprachige Verwaltung» als Stabsstelle beim Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement (EKUD) angesiedelt. Weiter wurden rund <a href="#">80 konkrete Massnahmenvorschläge</a> zur Sprachförderung im Kanton GR erarbeitet (vgl. <a href="#">Südostschweiz</a>, Feb. 2021).</p>
LU	<p><b>Frühe Sprachförderung</b> Im Zuge der <a href="#">Revision des Luzerner Volksschulgesetzes</a> soll die frühe Sprachförderung in allen Gemeinden obligatorisch und für die Erziehungsberechtigten unentgeltlich eingeführt werden (vgl. <a href="#">Botschaft</a>, Nov. 2020). Nach der 1. Beratung hat der <a href="#">Kantonsrat</a> (März 2021) dem entsprechenden Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Volksschulbildung mit 94 zu 21 Stimmen zugestimmt.</p>
SH	<p><b>Frühe Sprachförderung</b> Zur Halbzeit des Pilotprojekts «Frühe Deutschförderung» zieht die Stadt Schaffhausen eine Zwischenbilanz (vgl. <a href="#">Mitteilung</a>, März 2021). Die Ergebnisse lassen erkennen, dass insbesondere die Kindertagesstätten viel zur erfolgreichen Deutschförderung beitragen. Für das Jahr 2021 stehen weitere Analysen im Bereich der Elternbildung und der Sprachstanderhebung an. Bis Projektende 2022 soll ein passendes Sprachfördermodell für die Stadt Schaffhausen vorgelegt werden (vgl. <a href="#">Schaffhauser Nachrichten</a>, März 2021).</p>
SO	<p><b>Bildungsmobilität</b> Aus Kostengründen hat der Bund bisher noch nicht über die Teilnahme der Schweiz am Erasmus+ Programm von 2021-2027 entschieden. Eine <a href="#">Interpellation</a> (Nov. 2020) – eingereicht in den Kantonen AG, BS, BL und SO – forderte Regierungsrat wissen, wie er die Bedeutung des Erasmus+ für den Kanton Solothurn sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz einschätzt und ob er sich beim Bund für eine Vollasoziation der Schweiz einsetzen wird. Der Regierungsrat <a href="#">vertritt die Haltung</a> (Nov. 2020), dass die Schweiz sowohl bei der europäischen Bildungsmobilität (Erasmus+) als auch bei der europäischen Forschungskooperation (Horizon Europe) 2021–2027 als vollasoziiertes Programmland teilnehmen sollte, sofern dieselben regulatorischen und finanziellen Voraussetzungen wie beim laufenden Programm gelten. Der Kanton SO hatte zusammen mit den Kantonen AG, BL, BS, JU, ZH und BE, eine <a href="#">gemeinsame Stellungnahme zu Horizon Europe und Erasmus+</a> beim Bundesrat eingereicht (Sept. 2020). Der Bundesrat <a href="#">betonte</a> (Nov. 2020), dass er bald über ein Verhandlungsmandat für eine Assoziierung an Erasmus entscheiden werde. Folglich wurde beantragt, die Interpellation in eine <a href="#">kleine Anfrage</a> umzuwandeln und als befriedigt einzustufen (Februar 2021).</p>
TG	<p><b>Sprachenaustausch</b> Der Kanton TG unterstützt Schulen bei der <a href="#">Planung und Durchführung von Schüleraustauschen</a>, auch finanziell bis maximal 3000 Franken pro Klasse. Sobald die Coronapandemie ausgestanden</p>

	<p>ist, soll die Unterstützung für Austauschvorhaben durch Sensibilisierung und Motivierung der Schulen wieder intensiviert werden (vgl. <a href="#">Thurgauer Zeitung</a>, Feb. 2021).</p> <hr/> <p><b>Frühe Sprachförderung</b> Der Thurgauer Regierungsrat <a href="#">schickte</a> Gesetzes- und Verordnungsänderungen betreffend vorschulische Sprachförderung in eine <a href="#">externe Vernehmlassung</a> (Okt. 2020). Damit soll mehr Chancengleichheit geschaffen werden (vgl. <a href="#">Thurgauer Zeitung</a>, Feb. 2021). Demnach wären neu die Schulgemeinden für die Frühe Sprachförderung verantwortlich. Diese würden Sprachstanderhebung durchführen und mittels Leistungsvereinbarungen mit Anbietern (Spielgruppen, Kitas oder Tagesfamilien) das Angebot für vorschulische Sprachförderung vor Ort sicherstellen. Die Stadt Frauenfeld steht dem neuen Gesetzesentwurf kritisch gegenüber: sie führt seit über 15 Jahren erfolgreich das Modell der Sprachspielgruppen (vgl. <a href="#">Thurgauer Zeitung</a>, Feb. 2021). Auch bei der JSVP regt sich Widerstand. Sie verlangt, dass die Abklärung im persönlichen Gespräch stattfinden und die zusätzlichen Kosten vollumfänglich den Eltern belastet werden sollen. Besonders die Kostenbeteiligung ist umstritten, ein Bundesgerichtsentscheid hat diese bereits bei einem früheren Versuch als verfassungswidrig eingestuft (vgl. <a href="#">Thurgauer Zeitung</a>, Feb. 2021).</p>
TI	<p><b>Scambi linguistici</b> Il Gran Consiglio <a href="#">ha accettato</a> (febbraio 2021) il <a href="#">messaggio</a> del Dipartimento dell'educazione per rafforzare gli strumenti inerenti agli scambi linguistici e al sostegno del plurilinguismo. Il messaggio presenta anche una revisione di alcune norme sulle lingue di insegnamento - cogliendo l'occasione per rispondere a un atto parlamentare. L'<a href="#">iniziativa parlamentare</a> interessata proponeva di permettere l'insegnamento nelle quattro lingue nazionali o combinazioni delle stesse (gennaio 2019).</p> <hr/> <p><b>Mobilità scolastica</b> Una deputata al Gran Consiglio, ha <a href="#">chiesto</a> (gennaio 2021), il motivo per cui agli studenti di fisioterapia della SUPSI vengano proposte stage di fisioterapia in Italia ma non in Svizzera tedesca e/o francese. Nella sua <a href="#">risposta</a> (gennaio 2021), il Consiglio di Stato ha sottolineato che nel paniere delle offerte di stage figurano quelle in Italia per supplire alla situazione d'insufficienza di posti sul territorio cantonale. È previsto in futuro un ulteriore rafforzamento della collaborazione con la sede SUPSI-DEASS Landquart e con altre SUP svizzere.</p> <hr/> <p><b>Apprendimento immersivo</b> Attraverso una <a href="#">mozione</a> (dicembre 2020) si chiedeva di potenziare le settimane estive lingua e sport, rendendole accessibili anche dal punto di vista finanziario, e d'offrire anche settimane «lingua e lingua», in cui alla mattina si impari il tedesco, e al pomeriggio si facciano attività sportive o ricreative, in cui la lingua parlata sia il tedesco. Si proponeva inoltre di valutare i costi di tali progetti e di fare un confronto tra i probabili esiti delle due misure.</p>
VS	<p><b>Echanges linguistiques</b> Le programme d'échange «<a href="#">Deux langues - ein Ziel</a>» s'est <a href="#">adapté à la situation</a> de pandémie : en 2021 une édition virtuelle a été organisée pour permettre aux participants - 2'683 élèves de 9CO - d'échanger avec un correspondant de l'autre langue cantonale.</p>
ZH	<p><b>Sprachkompetenzen</b> Eine <a href="#">Anfrage</a> (Mai 2020) verlangte, dass Massnahmen zur Verbesserung von Sprachkompetenzen als Grundlage für die Berufstätigkeit geprüft werden. In seiner <a href="#">Antwort</a> (August 2020) wies der Regierungsrat darauf hin, dass er die Bildungsdirektion für den Zeitraum von 2021-2024 mit der Entwicklung eines <a href="#">kantonalen Programms Grundkompetenzen</a> - dazu gehören Lesen, Schreiben und mündliche Ausdrucksfähigkeit in einer Landessprache - beauftragt hat. In der Folge <a href="#">bewilligte</a> der Kantonsrat (März 2021) einen Rahmenkredit von 7.4 Millionen Franken zur Förderung der Grundkompetenzen von Erwachsenen. Der Bund steuert nochmals <a href="#">denselben Betrag</a> bei.</p>

---

**Sprachenaustausch**

Mittels [Postulat](#) (Aug. 2019) wird von der Bildungsdirektion ein Bericht über die notwendigen Voraussetzungen [verlangt](#) (März 2021), damit alle Gymnasiastinnen und Gymnasiasten einen Sprachaufenthalt von mindestens 4 Wochen absolvieren können. Der Regierungsrat hatte eine [Entgegennahme](#) empfohlen.

---

**Sprachzertifikate**

Mittels [Postulat](#) (Aug. 2019) wird ein Konzept [gefordert](#) (März 2021), um allen Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien den Zugang zu Sprachkursen mit international anerkannten Zertifikaten zu ermöglichen. Der Regierungsrat hatte eine [Entgegennahme](#) empfohlen.

---

**Sprachenaustausch**

Ein [Postulat](#) (Jan. 2019) verlangt, dass allen SchülerInnen im Kanton Zürich ermöglicht wird, während der obligatorischen Schulzeit mindestens 1 Woche in einem anderssprachigen Landesteil (vorzugsweise in der Romandie) zu verbringen. Der Regierungsrat wird gebeten, dafür ein Konzept zu erarbeiten. Das Postulat wurde vom Kantonsrat an den Regierungsrat [überwiesen](#) (Jan. 2021). Dieser muss nun bis in zwei Jahren ein Konzept ausarbeiten. Dann kommt das Geschäft erneut in den Kantonsrat.

---